

POSTULAT von Silvia Rigoni (Grüne, Zürich), Birgit Tognella (SP, Zürich), Claudia Wyssen (GLP, Uster) und Anne-Claude Hensch Frei (AL, Zürich)

betreffend Regularisierung gut integrierter Sans-Papiers

Der Regierungsrat wird gebeten einen Bericht vorzulegen, wie der Aufenthalt von gut integrierten Sans-Papiers, die seit vielen Jahren im Kanton Zürich leben, regularisiert werden kann. Ziel der Regularisierung ist, dass für eine klar definierte Gruppe die prekäre Lebens- und Arbeitssituation in einen geregelten Aufenthalt mit allen Rechten und Pflichten überführt werden kann. Als Modell für eine Regularisierung soll die «Opération Papyrus», wie sie im Kanton Genf durchgeführt wurde, herangezogen werden.

Silvia Rigoni
Birgit Tognella
Claudia Wyssen
Anne-Claude Hensch Frei

Begründung:

Im Kanton Zürich gibt es geschätzt zwischen 13'600 und 24'900 Sans-Papiers*, welche oft in prekären Bedingungen mitten unter uns leben und arbeiten. Die Sans-Papiers stammen meist aus Herkunftsländern mit schwierigen wirtschaftlichen Situationen und suchen bei uns eine Arbeit, mit der sie ein Auskommen finden und ihre Familien im Herkunftsland unterstützen können. In der Schweiz können sie nicht regulär angestellt werden, auch finden sie in gewissen Branchen Arbeitgeber, die weniger als die ort- und branchenüblichen Löhne bezahlen wollen und so kommt es zu Schwarzarbeit.

Auch wenn sie schon sehr lange in der Schweiz sind, leben viele Sans-Papiers am Rande der Gesellschaft und sind bezüglich Arbeitsbedingungen, Gesundheitsversorgung, sozialer Sicherheit und Bildung in einer prekären Lebenslage. Durch den irregulären Aufenthaltsstatus und die Schwarzarbeit sind sie gegen Unwägbarkeiten des Lebens nicht abgesichert. Aktuell zeigt die Corona-Krise auf, wie schnell sie in eine existenzielle Notlage ohne Absicherung kommen können. Ohne Justizzugang können sie sich nicht gegen Ausbeutung, Misshandlung, Diskriminierung und Gewalt wehren. Auch die Gesellschaft erfährt wegen fehlenden Steuereinnahmen und Sozialversicherungsbeiträgen einen Nachteil.

Der Kanton Genf hat mit der einmaligen Aktion «Opération Papyrus» erfolgreich gezeigt, dass es mit einem gezielten und klar definierten Vorgehen mit verschiedenen Playern möglich ist, gut integrierte Sans-Papier in einen geregelten Aufenthalt zu überführen. Wer 10 Jahre (Familien 5 Jahre) in der Schweiz gearbeitet, wirtschaftlich selbständig ist, keinen Eintrag im Betreibungs- oder Strafregister hat und sich in der Landessprache (Niveau A2) verständigen kann, erhält eine Aufenthaltsbewilligung. Dies führt zu einer nachhaltigeren Integration mit allen Rechten und Pflichten und zur Eindämmung der Schwarzarbeit.

In einer zweijährigen Aktion wurde der Aufenthalt von 2'390 Sans-Papiers regularisiert. Darunter waren viele Familien mit schulpflichtigen Kindern, die fünf Jahre und länger im Kanton Genf wohnten. In der Evaluation des Genfer Projekts wurde die Reduktion von Schwarzarbeit als positiver Effekt nachgewiesen.

Der Regierungsrat wird gebeten zu berichten, wie die positiven Erfahrungen im Kanton Genf auch im Kanton Zürich umgesetzt werden können. Gemäss dem Bericht * ist mit 2'000-3'700 Sans Papiers zu rechnen, welche die Aufenthaltsdauer von 10 und mehr Jahren erfüllen. Zu prüfen ist, ob neben der Bevorzugung von Familien mit Kindern auch eine Erleichterung für älteren Sans-Papiers mit gesundheitlichen Einschränkungen möglich ist.

*Siehe „Sans-Papiers im Kanton Zürich“, Bericht ECOPLAN und KEK BERATUNG vom 11.3.2020 im Auftrag des Amtes für Wirtschaft und Arbeit und der Migrationsamtes Kanton Zürich